

**Projektland: Ecuador**

**Quartal/Jahr: Januar bis März 2010**

➤ **Bohren oder nicht bohren, das ist hier die Frage:**

Das ehrgeizige Yasuní-ITT-Projekt zur Verhinderung der Ölförderung in einem der artenreichsten Nationalparks der Erde steckt in einer Sackgasse und hat zu einer Regierungskrise geführt.

**Der Hintergrund: Ein auf den ersten Blick charmanter Vorschlag**

Es wäre ein weltweit einzigartiges Projekt: Im ecuadorianischen Nationalpark Yasuní, gelegen im nordöstlichen Regenwaldgebiet des Landes, schlummern tief unter der Erde geschätzte 800 bis 850 Millionen Barrel Öl. Und wenn es nach den Befürwortern der sogenannten Initiative „Yasuní-ITT“<sup>1</sup> geht, dann soll das Rohöl auch genau da bleiben, nämlich tief unter der Erde.

Zunächst schien es wie ein Kampf à la David gegen Goliath: auf der einen Seite standen über 3800 Pflanzen- und 600 Vogelarten sowie einige Indígena-Stämme, welche die Region ihre Heimat nennen. Der hässliche Goliath auf der anderen Seite war die internationale Öl-Lobby, der böse Raubtierkapitalismus und der weitverbreitete Energie-Hunger, sowohl des Staates Ecuador, als auch der des gesamten Erdenrunds.

Dann lancierte vor etwa 3 Jahren der „grüne Flügel“ von Rafael Correa bunter „Alianza País“-Truppe, angeführt von Alberto Acosta und Fander Falconí, oben genannte Initiative, deren Inhalt auf den ersten Blick innovativ, charmant und zukunftsweisend wirkt: Um den Abbau des Erdöls zu verhindern, soll die internationale Staatengemeinschaft, allen voran die Industrienationen, dem Staat Ecuador Kompensationszahlungen entrichten, um die verlorenen Gewinne zumindest teilweise ausgleichen zu können.

Mit dem gewichtigen moralischen Argument: „Alle Einwohner dieses Planeten sind verantwortlich für den Reichtum dieser Region“, tingelte der schnell zum Außenminister aufgestiegene Fander Falconí durch die Hauptstädte der Welt, um für dieses Projekt zu werben – und stieß dabei keineswegs auf taube Ohren. Im Gegenteil: Insbesondere in den Staaten der Europäischen Union und nicht zuletzt in Deutschland fand man die Idee parteiübergreifend interessant und

**Ecuador**



<sup>1</sup> ITT steht für die drei Regionen „Ishpingo, Tambococha und Tiputini.“

bedenkenswert. Recht schnell begannen dann konkrete Verhandlungen mit dem Staat Ecuador über die Verwirklichung dieser Idee.

Und so sah es einige Zeit lang tatsächlich danach aus, als ob ein weiteres Mal der kleine David dank seines Einfallsreichtums über Goliath triumphieren könnte.

### Die jüngste Entwicklung

Doch leider haben die Anhänger des Yasuní-ITT-Projekts die Rechnung ohne die ecuadorianische Politik gemacht – genauer gesagt: ohne den ecuadorianischen Staatspräsidenten Rafael Correa. Zunächst sah es so aus, als stünde Correa auch vollkommen hinter diesem Projekt. Doch mit der Zeit distanzierte sich das linkspopulistische Staatsoberhaupt langsam aber sicher nicht nur von dem Projekt, sondern auch von seinem ökologischen Flügel.

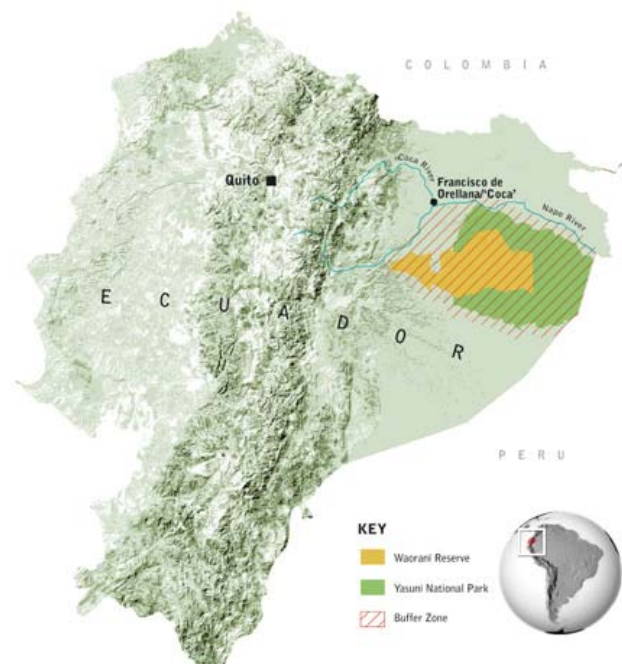
Sein erstes Opfer war der frühere Energieminister und erste Vorsitzende der Verfassungsgebenden Versammlung, Alberto Acosta. Nach einem Verfahrensstreit 2008 über den Ablauf zur Verabschiedung der neuen Verfassung trat Acosta von allen Ämtern zurück und hält sich seitdem von der aktiven Politik fern.

Dem „grünen Gewissen“ seiner politischen Bewegung versetzte Correa aber erst im Januar 2010 den Todesstoss. Und dies wie üblich nicht in Gesprächen oder Diskussionen, sondern per samstäglich öffentlicher Fernsehansprache. Hatte Correa auch schon früher allzu „grüne“ Vorschläge als „infantil“ bezeichnet, so beschimpfte er im Januar seinen eigenen Außenminister, dieser lasse sich von der internationalen Staatengemeinschaft über den Tisch ziehen, nur weil er (in infantiler Weise) unbedingt an dem Yasuní-Projekt festhalten wolle. Im gleichen Aufwasch bekamen auch die übrigen Verhandlungsführer auf ecuadorianischer Seite ihr Fett weg (auch sie wurden beschuldigt, Ecuador wieder zu einer Kolonie der Industrienationen machen zu wollen), und als Konsequenz trat zunächst der Chefunterhändler Roque Sevilla (ehemaliger Bürgermeister von Quito und namhafter Unternehmer) von seinem Amt zurück. Einen Tag später warf auch Falconí



Fander Falconí

als politisch ranghöchster Befürworter des Projekts das Handtuch.



Quelle: <http://www.landcoalition.org/>

### Spekulationen über die Motive

Warum Correa das prestigeträchtige Projekt dermaßen torpedierte ist unklar:

Bei Alberto Acosta mag noch Machtpolitik das ausschlaggebende Argument gewesen sein. Acosta war sehr mächtig geworden – und dazu auch populär, so dass ihn Correa als internen Konkurrenten um die Macht betrachten musste. Falconí und Sevilla hingegen hatten und haben eine so starke Machtposition innerhalb von Alianza País nie innegehabt.

Was Correa tatsächlich sauer aufgestossen sein könnte, ist vielleicht die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft darauf bestand, das zu zahlende Geld in einem gemeinsam verwalteten Fond zu deponieren. Ecuador hätte also nicht frei über diese Summen verfügen

können. Zieht man dann in Betracht, dass der ecuadorianische Staat bereits seit einiger Zeit ständig auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten zur Deckung seiner laufenden Kosten ist, dann kann für Correa die Versuchung schon groß sein, einen direkten Zugriff auf dieses Geld

zu fordern, oder aber alles auf die Karte der Ölförderung zu setzen. Das Stichwort „Kontrolle“ ist sowieso zentral für Correas Politik- und Regierungsverständnis. Sein Regime versucht beständig, die Kontrolle über den Staat und die Zivilgesellschaft auszuweiten<sup>2</sup>, und Correa hätte bei einem eigenen Abbau des Ölvorkommens durch den staatseigenen Erdölkonzern Petroecuador eine viel stärkere eigene Kontrolle als bei der Verwirklichung des ITT-Projekts.

Bleibt die Frage, warum er den Unmut der Indígena-Verbände riskiert, indem er indirekt den Abbau des Öls wieder zu seiner bevorzugten Option erklärt.

Allerdings hat es sich Correa bei den meisten Indígenas, mit deren Unterstützung er 2006 die Wahlen gewonnen hatte, durch seine Vorschläge zum „Ley de Aguas“ oder zum Landrecht ohnehin weitestgehend verschertzt, so dass seine Bereitschaft, die Interessen der Indígenas in Bezug auf Yasuní zu berücksichtigen, nicht mehr sonderlich ausgeprägt sein dürfte.

Der nationale und auch der internationale Druck<sup>3</sup> auf Correa nach dem im Raum stehenden Aus für das Projekt war jedoch groß genug, um diesen zu einem neuen Anlauf, mit einer neuen Verhandlungsmannschaft, zu bewegen. Ob die neuen Verhandlungen jedoch ernst gemeint sind, das steht in den Sternen.

### **Nur Schwarz-Weiß: kritische Anmerkungen zu ITT**

Ein grundsätzliches Problem bei der Diskussion um Yasuní ist die „Schwarz-Weiß-Malerei“. Die Rollen von „Gut“ und „Böse“ sind klar verteilt; die Diskussion wird verkürzt auf die Frage: Vorrang für die Ökonomie oder Vorrang für die Ökologie.

Vorsichtige Kompromissvorschläge finden kaum Gehör. Wer sagt denn zum Beispiel, dass ein umweltverträglicher Abbau des Erdöls unmöglich wäre? Die Verweise auf die Umweltverschmutzungen bei früheren Abbau-Projekten sind zunächst einmal richtig. Die Konzerne haben in den achtziger Jahren regelrecht gewütet und wahre Wüsten hinterlassen. Indígenas wurden vertrieben oder sogar auf sehr endgültige Art und Weise mundtot gemacht. Die Vertreter der jeweiligen Regierungen schauten dem Treiben entweder machtlos zu oder verdienten selbst recht gut an diesem ökologischen Desaster.

Doch warum sollte heute das Gleiche passieren? Wenn die ecuadorianische Regierung (die sich ja gerade eines hohen Umweltbewusstseins rühmt) bereit wäre, mit der internationalen Gemeinschaft zu kooperieren, dann könnte man durchaus wirkungsvolle Kontrollmechanismen für einen ökologisch verträglichen Abbau finden und implementieren. Viele Staaten waren bereit, viel Geld zu zahlen, damit überhaupt kein Öl abgebaut wird. Warum sollten diese dann nicht bereit sein, viel Geld zu investieren, um das Öl umweltverträglich aus dem Boden zu holen?

Auch aus Sicht der „Geberstaaten“ bleiben generelle Fragen:

Bei einer Umsetzung des Yasuní-Projektes: Wer kann sich sicher sein, dass sich zukünftige ecuadorianische Regierungen auch an die Absprachen und Verträge halten? Was, wenn ein neuer „Revolutionär“ am Horizont auftaucht und die Abkommen als „illegitim“ bezeichnet? Genau das Gleiche hat nämlich Correa mit einigen internationalen Abkommen getan.

Und: Ist es wirklich eine so überzeugende Idee, jemandem Geld zu bieten, damit er etwas nicht tut? Sollte dieses Konzept des „Handels“ tatsächlich Schule machen? Man kann da durchaus ein erpresserisches Element herauslesen: „Wenn Ihr mir kein Geld gebt, muss ich das Öl fördern und dann gibt es vielleicht eine Umweltkatastrophe, an der Ihr Schuld habt!“

Wäre es da nicht besser zu sagen: „Wir unterstützen Dich dabei, das Öl umweltverträglich zu fördern und teilen uns so die Verantwortung“?

---

<sup>2</sup> Siehe auch Teil 2 dieses Quartalsberichts: „Die Verstaatlichung der Zivilgesellschaft“

<sup>3</sup> Unter anderen schrieben Vertreter aller Bundestagsfraktionen einen Brief an Correa, indem sie ihr Unverständnis über das Verhalten Correas zum Ausdruck brachten.

## ➤ Die Verstaatlichung der Zivilgesellschaft

Laut neuer Verfassung teilen sich in Ecuador nicht drei sondern fünf Gewalten die Macht im Staat. Die sogenannte „fünfte Gewalt“, der „Consejo de Participación Ciudadana y Control Social“ wurde nun offiziell eingesetzt.

### Aus drei mach fünf

Ohne sich in den Höhen einer wissenschaftlichen Debatte verlieren zu wollen, so kann man doch behaupten, dass Ecuador viele Merkmale einer „embedded democracy“ aufweist; im deutschen oft gleichgesetzt mit einer „defekten Demokratie“.

Die ecuadorianische „Demokratie“ offenbart eine Vielzahl von Problemen und Schwächen. Wahlregime, politische Teilhaberechte, bürgerliche Freiheitsrechte, Gewaltenkontrolle und effektive Regierungsgewalt: alles das sind Teilregime, die im ecuadorianischen Herrschaftssystem mehr oder weniger offenkundige Defekte aufweisen. Insbesondere in Bezug auf die Gewaltenkontrolle werden die Defizite überdeutlich, so dass man – wenn man den Definitionen von Merkel, Puhle und Croissant<sup>4</sup> folgt – von Ecuador als einer „delegativen Demokratie“ sprechen kann.

Eine „Balance of Power“ zwischen den drei klassischen Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative herrscht nur auf dem Papier. Das ist an sich auch nichts Neues und war als Problem auch schon immer bekannt. Anstatt sich nun aber den Ursachen dieses Phänomens zuzuwenden, um die Defekte in Exekutive, Legislative und Judikative zu beseitigen, ging die Verfassungsgebende Versammlung Ecuadors einen anderen Weg, der zunächst einmal recht viel Applaus einheimste und von vielen als „progressiv“ und „innovativ“ beschrieben wurde: Kurzerhand wurden die drei klassischen Gewalten um zwei weitere ergänzt. Was drei Organe nicht zu leisten vermochten, soll nun durch eine Erweiterung auf fünf Gewalten möglich werden. Als vierte Gewalt nennt die neue ecuadorianische Verfassung das Wahlregime, bestehend aus Wahlkommission und Wahlgerichtshof. Komplet neu ist die sogenannte „Fünfte Gewalt“, die sogenannte „Funktion der Transparenz und sozialen Kontrolle“, deren wichtigstes Organ der „Consejo de Participación Ciudadana y Control Social“ ist<sup>5</sup>.

### Der Consejo de Participación Ciudadana y Control Social

Besagter Rat soll als zivilgesellschaftliches Repräsentationsorgan dienen. Als Aufgaben fallen den sieben Mitgliedern des Organs die Kontrolle des öffentlichen Sektors (in dem Zusammenhang aber auch private Akteure, die Dienstleistungen oder Aufgaben im Öffentlichen Raum erbringen) und die Ernennung wichtiger Repräsentanten in Staatsorganen wie des Consejo Nacional Electoral (CNE), des Consejo de la Judicatura, der Anti-Korruptionsbehörde, des Generalstaatsanwalts oder der Banco del Afiliado del Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social (IESS) zu.

Die Bewerber für die sieben Posten (plus nochmals sieben Stellvertreter) mussten sich u.a. einem öffentlichen Auswahlverfahren stellen, durften in keine anhängigen Gerichtsverfahren verwickelt sein, dürfen nicht Mitglieder einer politischen Bewegung oder Partei sein<sup>6</sup>, und müssen Erfahrung in „gemeinnütziger Arbeit“ oder im sozialen Bereich aufweisen. Die letzte Entscheidung über die Zusammensetzung traf offiziell die Nationale Wahlkommission – von der man weiss, dass sie fest in der Hand von treuen Gefolgsleuten des Präsidenten ist.

<sup>4</sup> Siehe z.B.: Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant (Hrsg.): Defekte Demokratien. Bd.2, Defekte Demokratien in Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006

<sup>5</sup> Frei übersetzt: „Rat für Bürgerbeteiligung und Soziale Kontrolle“

<sup>6</sup> Man konnte aber durchaus vor der Bewerbung austreten...

Die im März 2010 festgelegte Zusammensetzung ist – vorsichtig formuliert – wenig repräsentativ. Von den sieben Mitgliedern stehen fünf mehr oder weniger direkt der Regierung nahe, was natürlich auf Seiten der Opposition zu harscher Kritik führt.

### **Die Zivilgesellschaft als Staatsorgan – ein Widerspruch**

Und genau da liegt der eigentliche Knackpunkt der Konstruktion: Durch die Schaffung dieser fünften Gewalt werden die Akteure der Zivilgesellschaft, die sich in oder für dieses Organ engagieren, zwangsläufig politisiert. Und durch die Eingliederung oder Transformation in ein staatliches Organ tritt ein kaum zu lösender Widerspruch auf: Die Zivilgesellschaft, die eigentlich außerhalb des Staates stehen und ihn von außen kontrollieren und überwachen sollte, wird so zu einem Teil des Staates, sie ist in diesem Sinne nun nicht mehr „zivil“.

Ferner hätte man den Einfluß von sozialen Gruppen, nationalen NGOs und von Bürgerinitiativen auch durch die normale Gesetzgebung sowie durch Partizipations- und Anhörungsrechte bei der klassischen Legislative stärken können. Ebenfalls berechtigt ist die Frage, wie repräsentativ diese fünfte Gewalt überhaupt sein kann. Wer findet denn Zeit, wer kann es sich überhaupt leisten, sich in sozialen Gruppen und Bürgerinitiativen zu engagieren? Die einfache Bauernfamilie im Oriente? Der Tagelöhner? Die Fischerfamilie an der Küste?

Auch darf man für Ecuador die Frage stellen, ob es im Land überhaupt schon so etwas wie eine ausgeprägte Zivilgesellschaft gibt. Die Vorstellung, die partizipativen Elemente im Staat auszuweiten und „basisdemokratischer“ zu gestalten, mag ja attraktiv erscheinen, doch fehlt es Ecuador auch heute noch an der Masse des informierten, kritischen und demokratischen Staatsbürgers, der mit den Möglichkeiten verantwortungsbewusst umzugehen versteht. Es besteht die Gefahr eines „Weimar-Effektes“: In der Theorie hat man eine Verfassung, die viel Demokratie ermöglichen könnte, es fehlt aber an den „Demokraten“, die diese verantwortungsvoll mit Leben erfüllen können.

Die Schaffung des Consejos mag vielleicht gut gemeint sein – im Sinne eines Mehr an Möglichkeiten der Partizipation – doch er löst weder das Grundproblem der defekten Gewaltenteilung, er schafft auch nicht ein „Mehr“ an Zivilgesellschaft, sondern im Gegenteil, es besteht die Gefahr einer Verstaatlichung der noch immer sehr kleinen und in den Kinderschuhen steckenden ecuadorianischen Zivilgesellschaft.

### **➤ Die Leiden des Washington P.**

Der ecuadorianische Generalstaatsanwalt steht im Kreuzfeuer der Kritik – das Parlament will ihn absetzen und anklagen, der Präsident hält (noch) seine schützende Hand über ihn.

### **„Ein Freund, ein guter Freund...“**

Der amtierende ecuadorianische Generalstaatsanwalt Washington Pesántez ist ein ausgewiesener Freund Rafael Correas und treuer Gefolgsmann von dessen „Revolución Ciudadana“. Und das gibt er auch unumwunden zu. Für europäische Verhältnisse mag das seltsam erscheinen, doch in Ecuador verwundert solch eine enge Verbundenheit zwischen Staatsanwaltschaft und Exekutive eigentlich niemanden. Pikant ist allenfalls, dass Correa stets gegen „Vetternwirtschaft und Partidocracia“ als die Wurzeln allen Übels gewettert hatte, als er noch nicht oder gerade mal ein paar Monate Präsident war. Doch wahrscheinlich ist auch Rafael Correa der berühmte Ausspruch „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ wohlbekannt.

## Ein Unfall mit Folgen

Besagter Generalstaatsanwalt hat jedenfalls seit Januar ein schwerwiegendes Problem. Genauer gesagt verdankt er dieses Problem seiner Ehefrau:

Am 14. Januar diesen Jahres ereignete sich auf der Avenida 6 de Diciembre, einer der Hauptverkehrsadern der Hauptstadt Quito, ein folgenschwerer Unfall. Ein Dienstwagen der Staatsanwaltschaft, der auf der eigentlich für Busse reservierten Sonderfahrspur nicht gerade langsam unterwegs war, überfuhr eine 26-jährige Kolumbianerin beim Überqueren der Straße.



Washington Pesántez

Das allein ist schon schlimm genug, doch wurde die Angelegenheit umso brisanter, als mehrere Zeugen gesehen haben wollen, dass hinter dem Steuer die Gattin des Generalstaatsanwalts gesessen habe. Diese hat zunächst einmal überhaupt kein Recht darauf offizielle Dienstwagen der Staatsanwaltschaft zu benutzen (sie ist Ärztin von Beruf), geschweige denn die für den sogenannten Metro-Bus reservierte Busspur zu befahren. Wenige Sekunden nach dem Unfall stieg die Ehefrau in ein anderes Fahrzeug der Staatsanwaltschaft um, und darüber hinaus erklärte in einer ersten öffentlichen Zeugenaussage der Leibwächter der Ehegattin, nicht diese, sondern er habe den Dienstwagen gefahren. Ausserdem tauchten auf beinahe wunderbare Weise in den nächsten Tagen Zeugen auf, die den ersten Augenzeugenberichten widersprachen. Und auch für das Benutzen der Busspur hatte man nach ein paar Tagen heftigen Brainstormings offenbar eine Erklärung gefunden: Ein verdächtiges Fahrzeug sei dem Auto der Staatsanwaltschaft gefolgt, worauf der Leibwächter sich zur Benutzung der Busspur entschlossen habe.

Gekrönt wurde diese Verteidigungsstrategie von einem offenen Brief einer großen Zahl regionaler Staatsanwälte, die erstens ungefragt und zweitens ohne Kenntnisstand der Ermittlungen quasi vorsorglich eine 150-prozentige Vertrauenserklärung für ihren Chef und seine Familie abgaben. Darüber hinaus weigerte sich Pesántez zunächst heftig dagegen, sein Amt während der Zeit der Ermittlungen ruhen zu lassen. In den ersten Wochen blieb der Generalstaatsanwalt also oberster Dienstherr bei den Ermittlungen gegen seine eigene Ehefrau.

Zynische Kenner des Landes könnten bis hierhin diese Geschichte als nicht weiter überraschend, also als „nichts Neues im Lande“ abtun: die Elite des Landes hatte es schon immer gut verstanden, sich aus (straf-)rechtlich bedenklichen Situationen herauszuwinden – völlig egal welcher politischen Couleur man angehört.

## Das Parlament zeigt ein überraschendes Maß an Unabhängigkeit und Eigeninitiative

Eine neue Dimension bekam die Angelegenheit jedoch, als sich ausgerechnet in der Regierungsfraktion von Alianza País Unmut über den Staatsanwalt und sein Gebaren regte. Der Unmut der Parlamentarier gipfelte Ende Januar in einer nicht-bindenden Aufforderung von 58 der 101 im Plenum anwesenden Abgeordneten an Pesántez (und an die sich mit ihm solidarisch erklärenden weiteren Staatsanwälte), sofort den Rücktritt einzureichen, um eine tiefe Vertrauenskrise der Staatsanwaltschaft abzuwenden. Daraufhin sah sich Pesántez immerhin genötigt, sein Amt vorläufig ruhen zu lassen<sup>7</sup>, bis ein vorläufiger Bericht über den Unfall vorläge. Das beruhigte die Gemüter der Abgeordneten allerdings nicht sonderlich und sie begannen – wiederum unter Führung einiger namhafter Parlamentarier von Alianza País – mit der

<sup>7</sup> Mittlerweile nimmt er seine Amtsgeschäfte allerdings wieder war – und die Staatsanwaltschaft lehnt eine Anklage gegen seine Frau weiterhin ab, die Untersuchungen hätten keine Anhaltspunkte für eine Verwicklung der Gattin in den Unfall ergeben.

Vorbereitung eines „politischen Prozesses“ gegen den Generalstaatsanwalt, um ihn so aus dem Amt zu treiben. Der politische Prozess ist ein Instrument des Parlaments, um Verstöße von Amtsträgern zu ahnden. Dabei sollte nicht nur der Fall der überfahrenen Kolumbianerin zur Sprache kommen, sondern auch andere Vorwürfe, die seit 2007 gegen Pesántez erhoben worden waren. 33 von 57 Abgeordneten aus der Fraktion von Alianza País haben eine dementsprechende Petition beim Parlamentspräsidenten eingereicht. Deutlich wurde dabei einerseits die innere Zerrissenheit der Regierungsfraktion und andererseits die überraschende Fähigkeit derselben, gegen den expliziten Wunsch des Staatspräsidenten zu handeln. Dieser hatte nämlich mehrmals öffentlich die Idee eines politischen Prozesses abgelehnt und seiner Fraktion offen geraten, von einem Antrag abzusehen.

### **Und die Opposition? Ein Trauerspiel wie eh und je!**

Auch das ist wiederum sehr bezeichnend: Wenn das Parlament schon einmal versucht, gegenüber der Exekutive die Muskeln spielen zu lassen, dann kommt die Initiative nicht etwa von Seiten der Opposition. Nein, diese Arbeit wird zumindest im Fall Pesántez von der Regierungsfraktion gleich mit übernommen. Geradezu beispielhaft ist da die Reaktion der größten Oppositionspartei in der Asamblea, der Partido Sociedad Patriótica (PSP), angeführt vom ehemaligen Putschisten und Staatspräsidenten Lucio Gutiérrez: Sie hat sich bereits festgelegt, den Antrag nicht zu unterstützen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es noch genug Gründe und begründete Hinweise gäbe, die die Staatsanwaltschaft dazu veranlassen könnte, ein oder mehrere Ermittlungsverfahren gegen die Familie Gutiérrez zu eröffnen. Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

In etwa das Gleiche gilt auch für so manchen Abgeordneten der Partido Social Cristiano (PSC), die bei Abstimmungen oder Debatten zu diesem Thema durch körperliche wie geistige Abwesenheit glänzen und sich wahrscheinlich schon darüber freuen, wenn so manche für sie ungünstige potentielle Anklage gegen sie im Dschungel der Bürokratie verloren gehen sollte, falls, ja falls ihr bescheidener Beitrag dem Generalstaatsanwalt dazu verhelfen sollte, im Amt zu bleiben.

### **Der lachende Dritte?**

Und Rafael Correa? Der kann dem Treiben eigentlich recht gelassen zuschauen. Für ihn gibt es kaum eine Gefahr: Seine Umfragewerte steigen wieder, die Verfehlungen des Generalstaatsanwaltes fallen nicht auf ihn zurück, und er kann sich in Ruhe ansehen, wer von Alianza País seinen „Rat“ befolgt und wer nicht. Auch der Ausgang des politischen Verfahrens (sollte es überhaupt so weit kommen) an sich stellt noch keine Gefahr für den Präsidenten da: Falls Pesántez abgesetzt wird, kann er dies als „demokratischen Akt“ verkaufen und seinen Gegnern, die ihm eigentlich zu Recht immer autoritäreres Verhalten vorwerfen, so den Wind aus den Segeln nehmen. Scheitert der politische Prozess, dann hat Correa in Pesántez eine nunmehr völlig von ihm abhängige Marionette an der Spitze der Staatsanwaltschaft. Pesántez wäre dann ein Generalstaatsanwalt von absoluten Gnaden Correas. Aus Sicht Correas keine so üblen Perspektiven.



Rafael Correa

Allenfalls der „Ungehorsam“ seiner eigenen Gefolgsleute darf nicht Schule machen. Und man kann eigentlich sicher sein, dass Correa ganz genau hinguckt, wer sich da gegen seinen Willen aufbäumt...

## ➤ **China ist schlimmer als der IWF!**

Rafael Correa hat die Verhandlungen mit der Volksrepublik China über den Bau eines gigantischen Wasserkraftwerks abgebrochen.

Das Interessante an Rafael Correa ist, dass er auch nach drei Jahren im Amt noch zu überraschen vermag. Jüngstes Beispiel ist seine Entscheidung, die Verhandlungen mit der Volksrepublik China über den Bau eines neuen Wasserkraftwerkes (Kostenpunkt 2 Milliarden US-Dollar) platzen zu lassen. Und das nicht etwa in diplomatische Floskeln verpackt, sondern eingeleitet mit dem wunderschönen Vergleich: „Die Bedingungen, die die Volksrepublik China stellt, sind ja noch schlimmer als die des Internationalen Währungsfonds“. Na gut, die Art und Weise, wie er den Stopp bekannt gab, überrascht weniger. Aber dass er einem der letzten großen internationalen Geldgeber von Ecuador in dieser Art und Weise die kalte Schulter zeigt – das ist neu. Schliesslich galt bisher die Devise: Gegner der USA und Gegner des „westlichen Neo-Liberalismus“ sind automatisch Freunde Ecuadors. Und dazu zählen neben Venezuela, Nicaragua und Bolivien auch der Iran und eigentlich auch die Volksrepublik.

Innenpolitisch kommt die Entscheidung kurzfristig auf jeden Fall gut an. Denn bei der breiten Bevölkerung ist der bisher stetig wachsende Einfluß Chinas nicht besonders beliebt. Ironischer Weise wird den im Land tätigen Chinesen und chinesischen Unternehmen (von Seiten der ecuadorianischen Bevölkerung) viel öfter „neo-koloniales“ Verhalten vorgeworfen als den Europäern. Die ecuadorianische Regierung hingegen ließ bisher kaum eine Gelegenheit aus, um das „neo-koloniale“ und natürlich auch das „neo-liberale“ Gehabe der westlichen Industrienationen anzuprangern.

Jetzt – nach dem Platzen der Verhandlungen – ist allerdings guter und vor allem schneller Rat teuer. Denn Ecuador ist dringend auf neue Kraftwerke angewiesen. Von November 2009 bis Februar 2010 wurde das Land bereits von einer heftigen Energie-Krise erschüttert<sup>8</sup>. Und auch die Situation im sozialistischen Bruderland Venezuela dürfte Correa mehr als nur ein mahnendes Beispiel sein. Derzeit muss Ecuador massiv Energie im Ausland kaufen um den Bedarf im Land zu decken, und das belastet den ecuadorianischen Haushalt nach Angaben der Regierung mit bis zu 2 Millionen US-Dollar am Tag. Da braucht es nur wenig Phantasie, um sich vorzustellen, in welchem Zustand sich die aktuellen ecuadorianischen Kraftwerke befinden müssen.

Die Regierung behauptet zwar, dass der Abbruch der Verhandlungen kaum zu Verzögerungen bei dem geplanten Projekt führen werde, weil es viele weitere interessierte potentielle Investoren aus England, Spanien, Korea, Russland und Iran gäbe.

Wobei die Regierung sich in diesem Fall auch die Frage gefallen lassen muss, warum sie dann zunächst einseitig mit China verhandelte, wenn es doch so viele andere investitionswillige Partnernationen gab. Jetzt muss jedoch neu verhandelt werden – und das wird auf jeden Fall Zeit (und vor allem Energie) kosten.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: HENNING SENGER, PROJEKTLEITER ECUADOR  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT ENDE MÄRZ/ANFANG APRIL 2010

<sup>8</sup> Vgl. Den HSS-Sonderbericht „Die langen Nächte des Sozialismus“ unter:  
[http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/091119\\_Ecuador\\_Energiekrise.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/091119_Ecuador_Energiekrise.pdf)